

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich mit den in Nr. 6 im Vortrag der Referentin dargestellten Forderungen nach einer Reform der Pflegeversicherung an den Bundesgesundheitsminister zu wenden. Dadurch soll eine finanzielle Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen sowie eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen der beruflich Pflegenden erreicht werden.
2. Der Antrag Nr. 20-26 / A 00092 von der SPD/Volt - Fraktion vom 29.05.2020 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.